

Positionspapier der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Stand 10.01.2024

Bauernproteste unterstützen – Bayerns Landwirtschaft eine Perspektive geben

Wir, die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion, lehnen die Kürzungen der Bundesregierung für die Landwirtschaft entschieden ab. Wir sind der festen Überzeugung, dass diese Maßnahmen Landwirte in Deutschland unverhältnismäßig belasten und ihre Existenz bedrohen und den Strukturwandel vorantreiben. Wir unterstützen die Protestaktionen der Landwirte und der vor und nachgelagerten Bereiche aus Handwerk und Mittelstand, wie zum Beispiel Bäcker, Metzger, Wirte und Spediteure. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre verfehlte Haushaltspolitik zu überarbeiten. Das teilweise Rückrudermanöver der Bundesregierung kann lediglich als Ablenkungsmanöver aus Angst vor der aktuellen Protestwelle gewertet werden und löst das Problem nicht. Versagen der Haushaltspolitik des Bundes darf nicht auf dem Rücken der Landwirte ausgetragen werden. Hier wird eine Bevölkerungsgruppe überproportional belastet.

Die Landwirtschaft ist eine wichtige Säule der bayerischen Wirtschaft und trägt maßgeblich zur Ernährungs- und Energiesicherheit aller Bürgerinnen und Bürger bei. Die beschlossenen Haushaltskürzungen der Bundesregierung werden jedoch dazu führen, dass viele Landwirte ihre Wettbewerbsfähigkeit innerhalb Europas weiter verlieren. Dies wird nicht nur die Landwirte selbst, sondern auch die ländlichen Gemeinden und die gesamte deutsche Wirtschaft beeinträchtigen. Die Landwirtschaft ist ohnehin durch bürokratische Auflagen und Dokumentationspflichten besonders belastet. Landwirtschaftliche Betriebe erbringen eine Vielzahl von Leistungen, die ohnehin nur zum Teil am Markt vergütet werden – von der Erhaltung ökologisch wie touristisch wertvoller Kulturlandschaften, dem Wasser- und Bodenhaushalt bis hin zu einem Beitrag zur Ernährungssicherheit.

Hinweis: Dieses Papier darf nicht für Parteizwecke verwendet werden!

www.fw-landtag.de

Wir fordern die Bundesregierung auf, die Kürzungen für die Landwirtschaft zu überdenken und stattdessen Maßnahmen zu ergreifen, die Landwirten helfen, ihre Betriebe erfolgreich in die Zukunft zu führen. Die im Dezember von der Bundesregierung verkündeten Streichungen von Agrardieselmrückvergütung und Kfz-Steuerbefreiung für land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge sind in einer langen Reihe von Kürzungen und Belastungen der Schlusspunkt, die das Fass zum Überlaufen bringen.

Wir sind uns bewusst, dass es viele Probleme gibt, welche Landwirte in Bayern belasten: Praxisfremde Düngauflagen, kostenintensive Vorgaben bei der Tierhaltung sowie überbordende Bürokratie beschränken die Arbeitsweise der Landwirtschaft in einer noch nie dagewesenen Weise.

Wir fordern die Bundesregierung daher auf, diese Probleme endlich ernst zu nehmen und gemeinsam mit den Landwirten schnell Lösungen zu finden. Weitere Kürzungen und Auflagen für heimische Bauern führen zu einer Verlagerung der Lebensmittelproduktion ins Ausland und damit zu verstärkten Abhängigkeiten in einer immer unsicherer werdenden Zeit. Dies gilt es zu verhindern.

Die deutsche Landwirtschaft hat enorme Nachteile gegenüber globalen Mitbewerbern, etwa durch deutlich strengere Auslegung von EU-Vorgaben. Wir fordern die Bundesregierung auf, diese Nachteile schnellstmöglich zu beseitigen, bei der Umsetzung künftiger EU-Rechtsakte auf eine Eins-zu-eins-Umsetzung zu achten und nicht über die Mindestanforderungen der EU hinauszugehen.

Der Umgang der Bundesregierung mit der Landwirtschaft ist geprägt von Unkenntnis und Verständnislosigkeit für die Bedürfnisse und Lebenswirklichkeiten der Bevölkerung in ländlichen Gebieten. Daraus entsteht ein verzerrtes Bild der ländlichen Regionen und der Arbeitsweisen des Handwerks und der Landwirtschaft. Beispiele hierfür sind Nutztierhaltung und Lebensmittelproduktion. Dies alles führt zu einer fortschreitenden Spaltung der Bevölkerung, die wir sehr kritisch betrachten. Wir sind davon

überzeugt, dass es wichtig ist, diese Spaltung zu überwinden und eine gemeinsame Zukunft für Stadt und Land zu gestalten. Wir fordern die Bundesregierung auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die Lebensbedingungen in ländlichen Regionen zu verbessern und die Infrastruktur auf dem Land auszubauen.

Gleichzeitig distanzieren wir uns in aller Deutlichkeit von rechten Trittbrettfahrern, die die Not und die berechtigten Anliegen der Landwirte für ihre Ziele ausnutzen, um ihre obskuren Umsturzphantasien und demokratiefeindliche Haltung auszuleben. Wir glauben, dass Proteste ein legitimes Mittel sind, um auf Probleme der Landwirte aufmerksam zu machen. Dennoch ist es für uns selbstverständlich, dass diese Veranstaltungen auf der Grundlage unserer Verfassung und der demokratischen Grundordnung stehen müssen. Wir fordern alle Teilnehmer der Proteste auf, friedlich zu bleiben und sich von extremistischen Gruppen zu distanzieren. Das Thema ist zu ernst, als dass wir es uns leisten können, es durch solche Gruppen unterwandern zu lassen. Andererseits verwehren wir uns jedoch auch davor, dass Landwirte, die ihr grundgesetzlich verbürgtes Demonstrationsrecht wahrnehmen, von vornherein in eine extremistische Ecke gestellt werden, wenn sie an angemeldeten und genehmigten Demonstrationen teilnehmen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, unsere Forderungen ernst zu nehmen und für angemessene Lösungen im Bereich der Landwirtschaft zu sorgen. Bayern hat eine einzigartige Agrarstruktur, die geprägt ist durch kleinstrukturierte Kulturlandschaft, die nur durch die Vielzahl der unterschiedlichen Höfe erhalten bleiben kann. Für die Interessen unserer Bauern in Bayern und ganz Deutschland wird sich die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion weiterhin intensiv einsetzen.